Die Moskauer Abrüstungskonferenz gescheitert.

Aus Petersburg wird gemeldet:

Die Abrüstungskonferenz wurde heute ergebnislos abgebrochen, da sich die Randstaaten, namentlich Polen, weigerten, unmittelbar zu einer Erörterung der technischen Entwaffnungsfragen zu schreiten. Sie schlugen lediglich die Unterzeichnung des Garantievertrages vor, was Rußland mit der Motivierung ablehnte, es wolle nicht die ohnehin zu große Zahl von platonische Versprechungen enthaltenden Dokumente vermehren, sondern erstrebe eine ernstliche Erleichterung der Kriegslasten.

Die Russische Telegraphen-Agentur berichtet: In der Abrüstungskonferenz hatte die russische Delegation die Erklärungen der polnischen, estländischen, finnländischen und lettländischen Delegationen beantwortet, die die Lösung der Frage einer tatsächlichen Abrüstung auf der gegenwärtigen Konferenz unmöglich bezeichnet und die Bildung einer Kommission von Sachverständigen vorgeschlagen hatten. Die russische Delegation stellte fest, daß die genannten Delegationen nicht gewillt seien, irgend welche Schritte zur tatsächlichen Abrüstung zu unternehmen, und ersah aus ihrer Mitteilung, daß der voraussichtliche Heeresbestand für 1923 nicht unter dem Kontingent des laufenden Jahres stehen werde. Der Vorschlag zur Bildung einer Konferenz von Sachverständigen sei nur ein schlecht verhüllter Versuch, die Konferenz zu sprengen und die Volksmassen irre zu führen. Die russische Delegation stellte nochmals die Frage, ob die übrigen Delegationen wünschten, die Arbeit über die Fragen einer wirklichen Herabsetzung der bewaffneten Kräfte in dem von der gegenwärtigen Konferenz aufgestellten Rahmen weiter zu führen. Eine ablehnende Antwort hierauf betrachtete die russische Delegation als Absage an die Hauptziele der Konferenz.

Die unbefriedigende Antwort der übrigen Delegationen, die ihre Bewaffnungspolitik aufrecht zu erhalten wünschten, führte den Abbruch der Konferenzarbeiten herbei. Die Abfahrt der Delegationen erfolgt in den nächsten Tagen.

Kleine politische Meldungen.

Der Reichstag wird die Tagung am Sonnabend, den 16. Dezember schließen und bis zum 10. Januar in die Weihnachtsferien gehen. Um den Schluß am Sonnabend zu ermöglichen, werden die beiden großen Interpellationen über die Ernährungslage und über das religionsfeindliche Vorgehen in Sachsen nicht mehr verhandelt werden. Der Reichsminister des Innern, Oeser, hat die Versicherung gegeben, daß nach Nachrichten aus Sachsen Zwischenfälle in der Frage der Heilighaltung der Feiertage nicht vorkommen würden.

Keine Brotnot. Beim Etat des Reichsernährungsministeriums teilte der neue Minister Dr. Luther im Hauptausschuß des Reichstages mit, daß die Verhandlungen über die Holzlieferungen über die Entente noch nicht abgeschlossen seien. Auf eine Anfrage des Demokraten Pachnicke erklärte er, daß das erste Drittel des Umlagegetreides ordnungsmäßig abgeliefert, zum Teil sogar überschritten sei und eine Brotnot bei Anspannung aller Kräfte in diesem Winter nicht zu erwarten sei.

Ein kommunistischer Witz. In einer der letzten Sitzungen des hessischen Landtages kam es zu einem Zwischenfall. Der kommunistische Abg. Ebner gab vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab, nach der seine Partei mit dem beschlossenen einmütigen Protest gegen den französischen Imperialismus nicht einverstanden sei. Nur die Internationale des Proletariats könne die Menschheit vor jedem, auch dem deutschen Imperialismus schützen. Bei diesen Worten verließen sämtliche Abgeordnete der Rechten, der Mitte des Hauses und ein großer Teil der Sozialdemokraten unter stürmischen Pfuirufen den Saal. Präsident Adelung betonte gegenüber der Stellungnahme des Abg. Ebner, daß im besetzten Gebiet die Kommunisten mit den übrigen Parteien einig seien.

Polonismus. Die Polen polonisieren jetzt auch in Oberschlesien. In Kattowitz bekommen alle Straßen polnische Straßennamen, auch die Goethe- und Schiller-Straße. Mit Goethe und Schiller haben die Polen wirklich nichts gemein. Vielleicht nennen sie ein Straße: Heinrich-Heine-Straße. Zum Gedächtnis an dessen schönes Gedicht von den zwei edlen Polen Krapülinski und Waschlapski.

Sie beugte sich herab und las,

„Und ob ich schon wanderte im finsteren Tal, fürchte ich kein Unglück, denn du bist bei mir."

Sie hob den Kopf und lauschte. War jemand hier gewesen während sie schlief?

Durch ihre Seele ging ein Zittern. Das war wie ein Erinnern an ferne, ferne Kindertage. Hatte nicht König David diese Worte einmal zu seiner Harfe gesungen? Jener König, der kein Feigling und Schwächling gewesen, dessen Kriegsruhm hinausgeklungen war weit über Judäas Grenzen. Der schon als Knabe einen Goliath zu Fall brachte und einem Saul die wilde Seele zur Ruhe sang.

War er nicht auch ein Weiser gewesen unter seinem Volke? Der gegrübelt und gesonnen wie Tausende vor ihm und Tausende nach ihm über des Lebens Zweck und Sinn? Hatten die anderen, diese Männer von heute, die Berechtigung, ihre Meinung und ihren Glauben in die Welt zu rufen — warum nicht auch er? Was war größer: In diese Welt des Kampfes und der Not mit mächtiger Stimme hineinzujubeln in die zerschmetterten ringenden Seelen! „Ich fürchte kein Unglück!" oder diese müden zerschlagenen Seelen noch müder und zerschlagener zu machen durch ein höhnendes Verneinen, das sie Wahrheit nennen, und das doch auch nur ein Vermuten und Tasten ist, und das nicht emporreißt zu Kraft und Tat, sondern hinabzieht in Wahnsinn und Selbstmord.

Es war Ursula Halten, als gerieb in dieser Stunde ein Schleier, der vor ihrer Seele gehangen.

Sie strich mit den Händen über das kleine Buch. Dann ging sie langsam in das Boudoir ihrer Schwester nebenan. Da hing über dem kleinen Schafe ein Bild. Das suchte sie. Mit weißem Antlitz, die dunklen Augen weit geöffnet, stand sie regungslos davor.

Da war der harfespielende David von Rubens.

Sie hatte ihr sonst das Bild etwas zu sagen gehabt. Heute sprach es zu ihr.

Und sie mußte darauf lauschen. Immerfort.

(Fortsetzung folgt.)

Von Stadt und Land.

Aue, 15. Dezember 1922.

Sächsischer Landtag. Dem sächsischen Landtag liegen mindestens 50 Anfragen, Anträge und Gesuche vor. In der Konferenzeinteilung wurden mehrere Ausschüsse zusammengestellt. In der Aussprache über die Regierungserklärung sprach zuerst der Sozialdemokrat Wirth, der eine diffizile Kritik an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien übte. Er wies darauf hin, daß es in Sachsen keine bürgerliche Politik geben könne und daß das Regierungsprogramm ohne irgendwelche Rücksicht durchgeführt werden müsse. Er empfahl in erster Linie die Bearbeitung der Gemeindeordnung, des Wohnungswesens und der Ernährungsfragen. Wirth wurde während seiner Rede oft von ziemlich naiven Zwischenrufen der Deutschnationalen unterbrochen. Will sich die äußerste Rechte etwa die parlamentarischen Unsitten der äußersten Linken angewöhnen?

Der sächsische Haushaltplan. Der neue Haushaltplan für Sachsen, der dem Landtag voraussichtlich im Januar vorgelegt werden kann, und zwar zusammen mit einem Nachtragsplan für 1922, wird, wie wir von zuverlässiger Seite hören, voraussichtlich mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 2½ Milliarden Mark abschließen. Das Ergebnis erscheint verhältnismäßig günstig, wenn man bedenkt, daß Bayern unter Zugrundelegung der Zahlen vom August 1922 mit einem Fehlbetrag von 4 Milliarden abschließt, wobei zu berücksichtigen ist, daß Sachsen schon von früher her einen ungedeckten Fehlbetrag von mehreren hundert Millionen Mark hatte, während Bayern mit seinem Etat von 1921/22 balancierte.

Ankäufe durch Ausländer. Es wird darauf hingewiesen, daß nicht nur der Ausländer bei unerlaubter Ausfuhr von Waren gerichtlich strafbar ist, sondern daß auch der Geschäftsinhaber, das Geschäftspersonal und sonstige Personen als Gehilfen gerichtlich bestraft werden, wenn sich diese Personen der Beihilfe schuldig machen. Gerichtliche Bestrafungen solcher Personen sind bereits erfolgt. Ausländer, die eine behördlich zugelassene Einreise nicht nachweisen können, sind daneben noch besonders wegen unbefugten Grenzübertritts gerichtlich strafbar.

Erhöhung der Hypothekenzinsen? Wie von parlamentarischer Seite verlautet, ist es nicht ausgeschlossen, daß in allernächster Zeit eine Vorlage ausgearbeitet wird, die für den gesamten Mittelstand von größter Bedeutung sein würde. Diese Vorlage soll eine Erhöhung der Hypothekenzinsen vorsehen. Aehnlich wie das Reichsmietengesetz Zuschläge auf die Mieten vorsieht, sollen auch die Hypothekenzinsen gewisse Zuschläge erhalten. Der Gedanke ist vor einiger Zeit im preußischen Staatsministerium entstanden. Es verlautet, daß eine dem Plane entsprechende Vorlage bereits im Reichswirtschaftsministerium vorliegt.

Das billige Porto. Bei der Auslandsstelle des Postamts 1 in Hamburg werden täglich zahlreiche Sendungen aufgeliefert, bei denen die Postwertzeichen mit einem Glanzüberzug versehen sind. Er läßt sich mit einem feuchten Schwamm oder dergl. leicht abreiben. Die Stempelabdrücke können so entfernt und die Wertzeichen wieder benutzt werden. Sendungen mit derartigen Marken werden künftig als nicht freigemacht behandelt.

Notgeld nur noch bis 5. Februar 1923. Der Reichsfinanzminister hat, im Einverständnis mit dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe, die Umlaufszeit für das mit seiner Genehmigung ausgegebene Notgeld bis zum 5. Februar 1923 verlängert. Spätestens bis zu diesem Tage ist alles Notgeld aufzurufen. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf solche Notgeldbeträge, die am 5. Februar noch nicht zwei Monate im Umlauf sind, sowie auf Scheine, denen ein früherer Verfalltag aufgedruckt ist. Mit dem Beginn des 5. Februar darf neues Notgeld nicht mehr ausgegeben und an den Aussteller zurückgelangtes Notgeld nicht mehr in Umlauf gesetzt werden. Das Verbot der weiteren Ausgabe von Notgeld wird mit der Behebung des Mangels an Zahlungsmitteln begründet. Die Reichsbank ist in der Lage, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Bahnstrecke Klingenthal—Untersachsenberg—Georgenthal auf der wegen Schneeverwehung der Verkehr eingestellt war, ist, wie uns mitgeteilt wird, wieder frei.

Kirchenkonzert in der Friedenskirche. Auch an dieser Stelle sei nochmals auf die Aufführung des verstärkten Kirchenchores der Friedenskirche am 3. Advent abends 8 Uhr hingewiesen. Die Weihnachtskantate, ein frommes, inniges Werk eines Dichters und eines ebenso frommen Konzertmeisters dürfte jedem eine rechte Weihnachtsstimmung vermitteln.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

Carolatheater - Lichtspiele. Unbestreitbar — so schreibt uns die Direktion der Lichtspiele — ist Lya Mara gegenwärtig die gefeiertste Filmschauspielerin. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Carolatheater-Lichtspiele auch die neuen Lya-Mara-Films ihrem Programm einverleibten. Seit gestern läuft: „Die Tochter Napoleons". In einem Vorspiel und 5 Akten wird ein Ausschnitt aus dem Liebesleben des Korsen vorgeführt, wie es pompöser nicht gedacht werden kann. Die Handlung dieses Stückes ist ebenso interessant wie amüsant. Lya Mara feiert mit ihrem neckischen Spiel wahre Triumphe. Zweifellos zählt dieser Film zu den beachtungswertesten Neuschöpfungen der Zeit. — Ferner bietet das neue Programm in den Carolatheater-Lichtspielen die vierte Fortsetzung des großen Episodenfilms „Seepiraten" mit dem tollkühnen Eddie Polo, der wiederum unglaubliche Proben seines Wagemutes gibt. Eine Goldwyn-Komödie „Ein ruhiger Tag" sorgt in ausgiebigster Weise dafür, daß das abwechslungsreiche Programm nicht ohne erschütternde Komik bleibt.

* * *

Aberdam. Altersbilfe. Der Industrieverein hat die Stiftung von 2 500 000 Mark für die dortige Altersbilfe beschlossen. Weiter überwies die Sächsische Waggonfabrik A.-G. zum gleichen Zwecke dem Bürgerbund den Betrag von 250 000 Mark.

Neudnitz b. Werdau. Die Gemeinde Neudnitz erhielt von Herrn Richard Adam und Frau Emma Adam aus Hawtuck (Amerika) eine Stiftung von 110 640 Mark. Als Grund geben die Stifter an, daß Frau Adam, die zu Kriegsbeginn nicht rechtzeitig hatte nach Amerika zurückkehren können, in der Gemeinde eine so freundliche Aufnahme gefunden hätte.

Vermischtes

Auslandsspenden. Dem Reichspräsidenten Ebert sind wiederum zweitausend Dollar aus der Weihnachtssammlung der Newyorker Staatszeitung überwiesen worden. — Der finnische Kerstenverein Luobesime hat rund 3000 finnische Mark für notleidende deutsche Kinder, der finnische Männergesangverein Suomen Laulu aus Konzerteinnahmen über 4500 finnische Mark für notleidende deutsche Studenten und Musikstudierende geschenkt.

Die Kongreßhalle Berlin, [illegible] gestern [illegible] im großen Saal des Hotel Adlon [illegible] in München ein Konzert des Königl. Prof. Kapellen aus Berlin gefeiert. Bei seinem Auftreten erntete er Bravo, Pfeifen und Zischen. Ein Herr aus dem Publikum [illegible] Marteau und dessen Spiel der französischen Gesinnung während des Krieges. Darauf entstand ein gewaltiger Tumult. Durch Rauchbomben wurde das Publikum vertrieben und räumte den verpfefferten Saal. Die Polizei hat einen Lärmmacher festgenommen.

Prof. Marteau ist der Nachfolger Joachims an der Akademie der Tonkunst in Berlin. Er ist bei Kriegsausbruch durch kaiserliche Protektion nicht interniert worden, hat sich 1917 in Schweden naturalisieren lassen und sein Bedauern ausgedrückt, daß er seinem Vaterlande Frankreich den Kriegsdienst nicht leisten konnte.

Friitjof Nansens Nobelpreisvortrag. Die Auszeichnung Nansens mit dem Friedenspreis der Nobelstiftung ist in Deutschland allgemein mit Genugtuung begrüßt worden. Das deutsche Volk hat Nansen die große Arbeit nicht vergessen, die er jahrelang geleistet hat, um den deutschen Gefangenen die Rückkehr aus Rußland und Sibirien zu ermöglichen. Im ganzen danken ihm etwa 500 000 Kriegsgefangene deutscher und russischer Nationalität ihre Heimkehr aus einer Gefangenschaft, die bis zu sieben Jahren gewährt hatte. Besonders der Heimtransport der Gefangenen aus Sibirien bot dem Forscher fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Es galt nicht nur die Gefangenen in dem ungeheuren Lande ausfindig zu machen, sondern auch ihren Rücktransport zu organisieren und vor allen Dingen die dazu nötigen Geldmittel zu beschaffen. In unermüdlicher Arbeit hat Nansen diese Aufgabe bewältigt und sich damit nicht nur den Dank der Gefangenen, sondern des ganzen deutschen Volkes verdient.

Letzte Drahtnachrichten.

Gesetzentwurf gegen die Not der Presse.

Berlin, 15. Dezember. Dem Reichsrat, der heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern v. Welser eine öffentliche Sitzung abhielt, ist ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes für Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse zugegangen. Der Gesetzentwurf wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß er von den Ausschüssen noch vor Weihnachten erledigt wird.

Zum neuen Arbeitszeit-Gesetz.

Berlin, 15. Dezember. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes den Arbeitgeberanträgen auf Nichteinrechnung der Arbeitsbereitschaft in die achtstündige Arbeitszeit sowie der Mehrbeschäftigung der Lehrlinge zu. Damit sind die grundlegenden Paragraphen des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Arbeitgeber beschlossen.

Verschärfte Bekämpfung des Wuchers.

Berlin, 15. Dezember. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften beriefen gestern mit dem Vertreter des Landespolizeiamtes, Grescinski, darüber, in welcher Weise die Verbraucherorganisationen und ihre Mitglieder bei der Wucherbekämpfung tätig sein könnten. Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, als Vertreter der Verbraucher in allen Fällen, in denen eine Bewucherung des Publikums sich ergibt, sofort mit den Wucherbehörden oder den Ortspolizeibehörden in Verbindung zu treten. Die Ortskartelle der Gewerkschaften werden Meldestellen einrichten, bei denen Verbraucher, die sich bewuchert fühlen oder eine Uebertretung von Vorschriften der Wirtschaftsregelung wahrnehmen, Anzeige erstatten können.

Bonar Law über die Reparationsschwierigkeiten.

London, 15. Dezember. Im Unterhaus beantwortete Bonar Law eine Reihe von Anfragen, welche sich auf die Warenkontrolle als Grundbedingung für ein Moratorium an Deutschlands die Haltung Englands gegenüber einem etwaigen selbständigen Vorgehen Frankreichs und die Stellung der Reparationsfrage zur Frage der interalliierten Schulden bezogen. Er sagte, er teile nicht die französische Ansicht, die furchtbare Inflation in Deutschland sei vorsätzlich. Nach britischer Auffassung müsse man nach der besten Methode fragen, um aus Deutschland den Betrag herauszuholen, den es bezahlen solle. Wenn Deutschland sich ja wieder erhole, werde es ihm leichter sein, die Entschädigung zu zahlen als Großbritannien ist, seine Schuld an Amerika zu begleichen. Die Vernichtung des Mittelstandes in Deutschland sei ein furchtbares Unglück. Aber wenn Deutschland sich wieder erholt, werde es frei sein von den furchtbaren Lasten der inneren Schuld, wie sie Großbritannien trage. Die einzige Aufgabe sollte die Erwägung sein, wie man eine legitime Schuldenforderung in befriedigender Weise einziehen und gleichzeitig der übrigen Welt und Deutschland möglichst wenig schaden könne. Es bestehe fast keine Hoffnung auf Lösung der furchtbaren Schwierigkeiten Europas, wenn nicht Großbritannien und Frankreich gemeinsam handeln. Im weiteren Verlaufe seiner Erklärung bezeichnete Bonar Law es als tragisch, daß es zweifellos ohne Stabilisierung der Mark keine Besserung für Deutschland geben könne, daß aber nach Ansicht aller Sachverständigen der Versuch einer Stabilisierung den Zusammenbruch der Industrie herbeiführen werde. Ueber das Ruhrgebiet oder andere Gegenstände, die auf der Pariser Konferenz behandelt werden könnten, könne er nichts abschließendes sagen.

Die französischen Sozialisten zur Besetzung des Ruhrgebietes.

Paris, 15. Dezember. Die sozialistische Kammergruppe besprach die Londoner Konferenz und im Zusammenhang damit die Ruhrfrage. Die Gruppe, die die Besetzung des Ruhrgebietes grundsätzlich ablehnt, behält sich vor, darauf zu gelegener Zeit zurückzukommen, ist aber entschlossen, sich nicht ohne weiteres in die politischen Intrigen in dieser Frage verwickeln zu lassen.

Diebstahl.

Lübeck, 15. Dezember. Aus den letzten Tagen sind aus den Ausstellungsräumen des St. Annenklosters vier Diebstähle und aus zwei anderen einzelnen Kontoren je ein Diebstahl gestohlen worden. Auch von einem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Wandschränkchen wurden kleine silberne Gefäße entwendet. Der Wert der Diebesbeute ist ganz unbedeutend.

Das Gefrier notierte heute vormittag in Berlin vorläufig mit 7550.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible]. Druck u. Verlag [illegible]